

Stärkung der kommunalen Finanzen

Antragsteller*in: Jürgen Janssen (KV Wesermarsch)
Tagesordnungspunkt: 3. Wirtschaft stärken - Zukunft sichern
Status: Zurückgezogen (unsichtbar)

Antragstext

1. Das Land Niedersachsen hebt die kommunale Verbundmasse angesichts des völlig unterdurchschnittlichen kommunalen Finanzausgleichs insgesamt an, um die kommunale Finanzausstattung zu stärken.
2. Bei der Ermittlung der Anteile der Schlüsselzuweisungen für Gemeinde- und Kreisaufgaben dürfen nicht nur die Ausgaben, sondern auch die bestehenden Einnahmen angemessen berücksichtigt werden.
3. Der ländliche Raum braucht starke Landkreise für die anstehenden Infrastrukturaufgaben. Die zum 1.1.2026 beschlossene Schwächung der Landkreise muss gestoppt und überarbeitet werden.

Begründung

Gemeinden, Landkreise und Städte sind für viele Dinge zuständig, mit denen die Menschen in ihrem Alltag täglich in Berührung kommen. Sie sind die Keimzelle der Demokratie.

Der kommunale Finanzausgleich ist in Niedersachsen mit Abstand der niedrigste unter allen deutschen Bundesländern. Während die Beteiligung der Kommunen an den Steuereinnahmen des Landes früher bei 17,5 Prozent gelegen hat, beträgt die Quote heute nur noch 15,5 Prozent. In den vergangenen 30 Jahren hat das Land die kommunale Finanzausstattung zu seinen Gunsten um über eine Milliarde Euro gekürzt und seinen Haushalt – wie übrigens auch der Bund – auf Kosten der Kommunen saniert.

Ausgerechnet in der größten kommunalen Finanzkrise seit Jahrzehnten, wo sehr viele Landkreise keinen ausgeglichenen Haushalt vorweisen können, sollen die kommunalen Mittel zu Lasten der strukturschwachen ländlichen Räume umverteilt werden. Hierbei wird der Finanzbedarf der Kommunen bei der Berechnung von Gemeinde- und Kreisaufgaben einseitig aus deren Ausgaben abgeleitet, die z.T. massiven Verschiebungen auf der Einnahmeseite insbesondere zu Gunsten steuerstarker Gemeinden wurden ausgeblendet.

Gerade in den ländlichen Regionen ist der ÖPNV (Busverkehr) mit langen Wegen Aufgabe der Landkreise. Grüne Politik sorgte in vielen Bereichen für die Umstellung auf Gemeinwirtschaftlichkeit der Busverkehre. Unsere GRÜNE Agenda Verkehre unter Integration des Schülerverkehr als getaktete Linienverkehre von 6- 22 Uhr auch in schulfreien Zeiten nimmt gerade Fahrt auf. Das ist eine Standortnotwendigkeit für Fachkräfte und Wirtschaft insgesamt, eine Frage der sozialen Gerechtigkeit bei steigendem CO2Preis. Mit der jetzt beschlossenen Schwächung der Landkreise und dem unterdurchschnittlichen Finanzausgleich steht schon wieder alles zur Disposition. Warum sollen wir überhaupt grüne Politik in ländlichen Regionen machen?

Beschluss Niedersachsen gewinnt – mit grünem Kompass

Gremium: LDK Wolfsburg
Beschlussdatum: 08.11.2025
Tagesordnungspunkt: 3. Wirtschaft stärken - Zukunft sichern

Antragstext

Niedersachsen ist ein starkes und vielfältiges Wirtschaftsland – mit globalen Industrieunternehmen, traditionsreichem Handwerk, innovativen Mittelständlern, Start-Ups, Dienstleistungsunternehmen, Landwirtschaft, Fischerei und einem wachsenden Tourismussektor. Doch sowohl aktuelle Krisen als auch die strukturellen Herausforderungen unserer Zeit setzen uns unter Druck: Klimakrise, Digitalisierung, demografischer Wandel und geopolitische Umbrüche verlangen ebenso Antworten wie aktuelle wirtschaftliche Krisen. Deutsche Leitindustrien fallen hinter der globalen Industrieproduktion zurück, auch weil sie zu lang an veralteten Technologien hängen. Es braucht eine Politik, die für die Breite der Unternehmen und Gesellschaft aus Herausforderungen Chancen macht. Es braucht eine Politik, die gute Arbeit sichert und die planetaren Grenzen respektiert.

Unsere Antwort ist klar: Wir wollen, dass Niedersachsen nicht Nachzügler, sondern Gewinner der globalen Umbrüche wird. Während die Bundesregierung Milliarden in Subventionen für fossile Brennstoffe und veraltete Technologien steckt, setzen wir auf Investitionen in die Zukunft. Wir investieren in digitale Netze, moderne (Weiter-)Bildung, Industrie, Gesundheit und Infrastruktur. Wir bauen die Erneuerbaren massiv aus und stärken gute Bildung. Insbesondere die Kommunen versetzen wir in die Lage, zusätzliche Investitionen vorzunehmen und vor Ort aktiv zu gestalten. So machen wir unser Land krisenfest und zukunftsstark.

Infrastruktur für ein starkes Flächenland

Niedersachsen ist ein Flächenland. Damit Wirtschaft und Gesellschaft überall funktionieren, brauchen wir eine leistungsfähige Infrastruktur. Das von uns Grünen im Bund aus der Opposition heraus ermöglichte Sondervermögen für Investitionen in die öffentliche Infrastruktur - von Verkehrswegen über Krankenhäuser bis Bildungseinrichtungen in Höhe von 500 Milliarden Euro in den kommenden 12 Jahren - ist ein wichtiger Schritt, wird aber nicht reichen, die riesigen Bedarfe zu decken. Allein die Kommunen haben Investitionsbedarfe von weit über 200 Milliarden Euro. Ohne eine Priorisierung wird es nicht gehen. Für uns ist klar, dass Erhalt und Instandsetzung vor Aus- und Neubau stehen. Im Verkehrssektor kann es Neubau grundsätzlich nur beim öffentlichen Verkehr geben. Dem Investitionsstau begegnen wir und sorgen dafür, dass vorhandene Gelder möglichst umfassend in konkreten Ergebnissen resultieren und weniger in langwierigen Verfahren. Eine starke Infrastruktur bedeutet auch gleichwertige Lebensverhältnisse – in Delmenhorst wie im Harz, in Cuxhaven wie im Wendland.

Unnötige Bürokratie abbauen – Verwaltung vereinfachen und digitalisieren

Ohne eine umfassende und weitreichende Entbürokratisierung werden wir die Wirtschaft nicht wieder flott bekommen, da helfen auch die Milliarden aus dem Sondervermögen nicht. Für Unternehmen ist Bürokratie heute meist ein Mühlstein. Anträge dauern Monate, Verfahren sind zu kompliziert und Genehmigungen lassen zu

41 lange auf sich warten. Das bremst besonders kleine und mittlere Unternehmen –
42 das Rückgrat unserer Wirtschaft.

43 Eine effiziente Verwaltung ist Voraussetzung für eine sozial-ökologische
44 Marktwirtschaft, die von fairen Spielregeln für alle Wettbewerber lebt. Eine
45 funktionierende Verwaltung muss Teil der Lösung und nicht des Problems sein, sie
46 soll unterstützen und ermöglichen. Wir wollen nicht Deregulierung, sondern
47 einfache und konsequente Regeln. Soziale und ökologische Standards stehen für
48 uns nicht zur Disposition. Wir brauchen jedoch spürbare Erleichterung für die
49 Breite der Unternehmen und Haushalte. Denn wenn der Staat seine eigenen Vorgaben
50 nicht kontrollieren kann, untergräbt das Vertrauen und schafft unfairen
51 Wettbewerb.

52 Ob Bürokratie-TÜV, digitaler One-Stop-Shop für Fördermittel, Vorab-
53 Teilgenehmigungen oder das Zusammenführen von Registern und Datenbanken zum
54 Informationsaustausch zwischen den Behörden: Wir wollen nicht mehr nur darüber
55 reden oder langsam anfangen, sondern machen. Unser Grundsatz: Eindeutige
56 Zielsetzungen statt kleinteiliger Vorgaben und die Abschaffung überflüssiger
57 Berichtspflichten sowie konsequente Sanktionierung von „schwarzen Schafen“.
58 Wichtige Standards im Bereich Arbeit oder Umwelt müssen beibehalten, aber ihre
59 Überprüfung digitalisiert und vereinfacht werden, um kleinere und mittlere
60 Unternehmen nicht in die Knie zu zwingen.

61 In der Bundesregierung haben wir mit dem Instrument der Praxischecks große
62 Erfolge beim Bürokratieabbau erzielt. Gemeinsam mit Praktiker*innen aus
63 Unternehmen und Verwaltung werden bürokratische Hemmnisse analysiert und gezielt
64 beseitigt. Dieses Instrument wollen wir auch in Niedersachsen verstärkt nutzen.
65 Alle Ministerien sollen in ihrem Zuständigkeitsbereich Praxischecks durchführen.

66 Die Vorschläge der „Initiative für einen handlungsfähigen Staat“, die den
67 Bereich Verwaltungsstrukturen sowie konkret Unternehmen betreffen, muss die
68 Bundesregierung endlich angehen.

69 Förderstrukturen müssen vereinfacht und transparenter werden. Um die Effizienz
70 im Förderwesen zu erhöhen, müssen Fördertöpfe nach Möglichkeit zusammengefasst
71 und flexibel gestaltet werden. Wer in Deutschland Gewinne erwirtschaftet, muss
72 hier auch faire Steuern zahlen. Steuerschlupflöcher für Konzerne schließen wir
73 konsequent, um Wettbewerbsverzerrung zwischen Großunternehmen und Mittelstand zu
74 vermindern. Die öffentliche Vergabe ist ein wichtiger Hebel für regionale
75 (Handwerks-)Betriebe. Hier braucht es einfachere und faire Vergabeverfahren, wie
76 bereits von der Landesregierung begonnen.

77 Soziale und ökologische Produkte sollen bevorzugt zum Zuge kommen.

78 Bürokratieabbau darf kein Lippenbekenntnis bleiben. Deshalb fördern wir eine
79 neue Behördenkultur: digital, serviceorientiert und verlässlich. Unser Ziel:
80 weniger Aktenordner, mehr Innovation. Mit „Einfacher. Schneller. Günstiger.“ hat
81 die rot-grüne Landesregierung hier wichtige Impulse gegeben, die nun konsequent
82 umgesetzt und weiterentwickelt werden müssen. Das strahlt in die Wirtschaft als
83 Ganzes aus, kann aber auch einzelne Branchen mit zuletzt zurückhaltender
84 Dynamik, wie beispielsweise die Bauwirtschaft, noch einmal besonders fördern.

85 Digitalisierung und Cybersicherheit als Standortfaktor

86 Eine moderne Wirtschaft braucht eine moderne Verwaltung. Niedersachsen hat in
87 diesem Bereich enorme Fortschritte erzielt und treibt diese Entwicklung
88 beispielsweise mit dem Digitalisierungsfahrplan und dem Glasfaserausbau weiter
89 voran. Hannover hat im Smart City Index 2025 des Digitalverbands Bitkom den
90 größten Fortschritt unter den Städten gemacht und ist von Platz 41 auf Rang 7
91 aufgestiegen. Wir bringen Niedersachsen nach vorne:

- 92 • Für Unternehmen soll es eine zentrale digitale Anlaufstelle geben, bei der
93 Jahresabschlüsse, Nachhaltigkeitsberichte oder Arbeitsbescheinigungen
94 eingereicht werden können.
- 95 • Das Förderprogramm Digitalbonus.Niedersachsen wollen wir verlängern und
96 ausweiten, um Handwerk, Mittelstand, Landwirtschaft und Kultur bei der
97 Digitalisierung zu unterstützen
- 98 • Um die wachsende Bedrohung durch Cyberangriffe abzuwehren, bauen wir ein
99 landesweites Cybersicherheitszentrum auf, das speziell kleine und mittlere
100 Unternehmen unterstützt
- 101 • Verwaltungsverfahren im Bau- und Energiebereich beschleunigen wir durch
102 moderne Register und einen umfassenden digitalen Austausch zwischen
103 kommunalen Verwaltungen und anderen Behörden
- 104 • Wir setzen uns für eine Bürger*innen-Cloud ein, die staatliche Leistungen
105 bündelt und automatisch verfügbar macht.

106 Wir wollen zudem die gezielte Förderung, Schulung und Nutzung von Künstlicher
107 Intelligenz in Verwaltung und Wirtschaft, um Prozesse zu vereinfachen,
108 Ressourcen zu sparen und Innovationen voranzubringen. Dabei gilt: Technologie
109 darf nicht zu mehr prekären Jobs führen, sondern muss gute, tarifgebundene
110 Arbeitsplätze schaffen - daher müssen auch Betriebsräte in diesen
111 Gestaltungsprozess mit einbezogen werden.

112 Energiewende als Jobmotor

113 Niedersachsen ist Dank rot-grüner Landesregierung Energiewendeland: Wir haben
114 Fläche, Industrie, Landwirtschaft, Handwerk und Finanzkraft – und damit beste
115 Voraussetzungen für eine nachhaltige Wirtschaft. Doch die schwarz-rote
116 Bundesregierung tritt beim Ausbau der Erneuerbaren auf die Bremse. Das gefährdet
117 Investitionen, Arbeitsplätze, Energieunabhängigkeit und Klimaziele.

118 Wir stehen für eine Energiewende, die wirtschaftlich, sozial gerecht und
119 bürgernah ist. Die Stromsteuer muss – wie von schwarz-rot versprochen – auf das
120 europäische Mindestmaß gesenkt werden. Strompreise sollen die ökonomische
121 Wahrheit zeigen: Wo viel erneuerbarer Strom eingespeist wird, muss er günstiger
122 sein. Dafür brauchen wir regionale Preissignale, etwa über dynamische
123 Netzentgelte und faire Gebotszonen. Neue Großverbraucher wie Elektrolyseure und
124 Rechenzentren sollen dort entstehen, wo grüner Strom im Überfluss vorhanden ist.
125 Niedersachsen hat Wasserstoffprojekte im Wert von über 4,6 Milliarden Euro – sie
126 müssen jetzt umgesetzt werden, um Chemie, Stahl, Mobilität und Häfen
127 klimaneutral zu versorgen. Auch der Ausbau und die Digitalisierung der Netze –
128 insbesondere im Bereich der Verteilnetze – sind zentrale Voraussetzungen für das
129 Gelingen der Energiewende. Wir stehen für eine Energiewende in Hand von

130 Bürger*innen und Mittelstand, für eine faktenbasierte Energiewende – und keine,
131 die bei der Gas-Lobby abschreibt.

132 Darüber hinaus brauchen wir ein Recht auf Solar und auf Energy Sharing. Wer
133 Energie vor Ort privat oder gewerblich netzdienlich nutzt, muss von niedrigeren
134 Netzentgelten profitieren. So bleibt die Wertschöpfung in der Region und die
135 Stromnetze werden entlastet. Statt neue fossile Gaskraftwerke zu bauen, brauchen
136 wir einen technologieneutralen Wettbewerb um die notwendige Regelenergie.
137 Naturschutzförderlich produzierte Bioenergie aus Niedersachsen, netzdienliche
138 kleine und große Speicher sowie wasserstofffähige Gaskraftwerke können
139 einspringen, wenn Sonnenenergie und Wind knapp sind.

140 Die Gebäudewende ist eine Chance für das Handwerk - nutzen wir sie. Stabile
141 Förderprogramme für energetische Sanierung, Wärmepumpen, Solar und Speicher sind
142 unser Weg – keine wankelmütige Politik. Wir wollen die Energieberatung durch
143 Handwerksbetriebe stärken. Die Fachkräfteoffensive Gebäudetechnik (Elektrik,
144 Heizung, Dämmung) braucht eine umsetzungsorientierte Förderung, nicht nur
145 Zielvorgaben.

146 Fachkräfte sichern

147 Der Fachkräftemangel trifft Niedersachsen überall. Fehlende Arbeitskräfte sind
148 ein immer wichtigerer Faktor und bedeuten ein zunehmendes Geschäftsrisiko für
149 Unternehmen. Mit diesem Jahr trägt das Arbeitsvolumen zukünftig negativ zum
150 volkswirtschaftlichen Produktionspotenzial bei.

151 • Maßgeblich für eine erfolgreiche Fachkräftesicherung ist gute Bildung, um
152 jungen Menschen gerechte Chancen zu ermöglichen. Rot-Grün in Niedersachsen
153 hat deshalb die Bildungsausgaben massiv erhöht: Bessere Besoldung für
154 Lehrkräfte, mehr Stellen für die Stabilisierung der Unterrichtsversorgung,
155 Ausbau multiprofessioneller Teams sowie Stärkung der Beruflichen
156 Orientierung

157 • Wir investieren in Kita-Ausbau und Ganztagschulen, um die
158 Bildungsgerechtigkeit zu stärken und damit Familie und Beruf vereinbarer
159 werden. Die gezielte Förderung von Frauen in das Berufsleben durch den
160 Abbau struktureller Hürden treiben wir voran

161 • Berufsorientierung an Schulen, beispielsweise für das Handwerk, wird
162 weiter gestärkt und berufliche Weiterbildung in der Fläche ausgebaut.
163 Zeiten der Qualifizierung müssen abgesichert sein, damit Beschäftigte ihre
164 Fähigkeiten anpassen können

165 • Durch gezielte Förderung von Ausbildung, Meisterfortbildung und
166 Weiterbildung im Handwerk sichern wir Fachkräfte. Ausbildungs- und
167 Meisterprämien sollen verlässlich finanziert sein

168 • Wir schaffen ein landesweites Azubi- und Freiwilligenticket, damit
169 Ausbildung nicht an Mobilität scheitert

170 • Die Berufswelt ist im Umbruch. Wir begrüßen Maßnahmen, die Arbeitnehmende
171 für Jobs in anderen Branchen qualifizieren, dadurch Arbeitslosigkeit

172 vermeiden und Branchen im Aufstieg zügig benötigte Fachkräfte ermöglichen.
173 Wer hier Tempo rausnimmt, riskiert Arbeitsplätze

- 174 • Im Ausland erworbene Qualifikationen sollen schneller und unbürokratischer
175 anerkannt sowie Sprachkurse und Integrationsangebote flächendeckend
176 verfügbar werden

- 177 • Die Beschäftigung und betriebliche Ausbildung von Geflüchteten wird von
178 bürokratischen Hemmnissen behindert. Beschäftigung und Ausbildung sollte
179 Vorrang vor langen ausländerrechtlichen Verfahren, Abschiebung und
180 Wohnortbindungen haben. Das Land Niedersachsen soll eine
181 Bundesratsinitiative für ausländerrechtliche Genehmigungsfiktionen bei
182 Beschäftigung und Ausbildung von Geflüchteten auf den Weg bringen.

- 183 • Wir setzen Anreize für die Beschäftigung älterer Menschen, ohne pauschal
184 das Rentenalter zu erhöhen

185 Diesen Weg wollen wir konsequent weitergehen. Wir stehen fest an der Seite der
186 Gewerkschaften gegen den Rückbau hart erkämpfter Arbeitnehmer*innenrechte durch
187 konservative Politik. Eine vielfältige Gesellschaft ist ein Standortvorteil.
188 Deshalb bekämpfen wir Diskriminierungsformen wie Sexismus, Ableismus oder
189 Rassismus entschlossen – damit Niedersachsen attraktiv für Fachkräfte ist und
190 wir unser volles Potential ausschöpfen.

191 Start-Ups, Forschung und Innovation als grüner Kern

192 Zukunftsmärkte entstehen dort, wo Wissenschaft und Wirtschaft zusammenarbeiten.
193 Die Brücke vom Labor zum Markt kann aus unserer Sicht noch schneller geschlagen
194 werden. Niedersachsen hat starke Hochschulen, Forschungsinstitute und Cluster –
195 von Luftfahrt bis Bioökonomie. Mit “zukunft.Niedersachsen” wurde in dieser
196 Legislaturperiode das größte Wissenschaftsprogramm in der Geschichte des Landes
197 Niedersachsen aufgelegt: Rund 576,3 Mio. Euro werden in die Zukunftsfelder
198 Transformation, Digitalisierung und Spitzenforschung investiert. Die
199 Gesundheits- und Sozialwirtschaft ist mit über 17 % der Beschäftigten ein
200 zentraler Wirtschaftsfaktor in Niedersachsen – mit starkem Wachstum bei sozial-
201 ökologischen Gründungen. Gemeinwohlorientierte Unternehmen schaffen
202 gesellschaftlichen Mehrwert und wirtschaftliche Stabilität. Niedersachsen hat
203 mit Programmen wie der ESF-Richtlinie Soziale Innovation und Initiativen wie dem
204 Social Innovation Center bereits Leuchttürme. Deshalb sollte das Land eine
205 ressortübergreifende Strategie für Soziale Innovation und Social
206 Entrepreneurship entwickeln, die Gründungsaktivitäten und Social
207 Entrepreneurship Education systematisch fördert, Reallabore für soziale
208 Innovationen in Sozialwirtschaft wie Kommune stärkt, den Zugang innovativer GU
209 zu Fördermöglichkeiten, Risiko und Wagniskapital verbessert und neue
210 Finanzierungsinstrumente initiiert, z. B. wirkungsorientierte sozial-ökologische
211 Vergabe und Impact Finanzierung.

212 Wir wollen:

- 213 • Weiteren Ausbau der gezielten Förderung von Technologie-Transferprojekten
214 in „zukunft.Niedersachsen“
- 215 • Ausbau von Innovationsfonds für Start-ups (v. a. Klimaschutz,
216 Gesundheit/MedTech, Agrar, KI, Biotech, Kreislaufwirtschaft)
- 217 • Verbesserte Gründungsstipendien (höhere Fördersummen, längere Laufzeit)
- 218 • Mehr Unterstützung für Hochschulgründungen & Kooperationen mit
219 Mittelstand/Handwerk
- 220 • Stärkung regionaler Gründerökosysteme und flächendeckende digitale
221 Gründerzentren auch abseits der Großstädte
- 222 • Unterstützung beim Markteintritt & Skalierung (Acceleratoren, Mentoring,
223 Investorenzugang), unbürokratische Fördermittel für Gründer*innen,
224 Bürokratieabbau bei Gründungen
- 225 • Ausbau von KI-Forschungsinfrastruktur und KI-Sicherheitsforschung (bzgl.
226 u.a. Fairness, Bias, Robustheit), verantwortungsvolle Rahmenbedingungen
227 und Anwendung in Verwaltung, Gesundheit, Landwirtschaft
- 228 • Höhere Förderung für Gründer (mikroSTARTER bis 100k, nBank-Programme
229 ausweiten)
- 230 • Langfristige Steigerung der F&E-Quote auf 4 %, mit Fokus auf
231 Frauenförderung
- 232 • Verlässliche und länger laufende Förderprogramme
- 233 • Eine Strategie, wie das Potenzial der wissensintensiven Dienstleistungen
234 ausgeschöpft werden kann

235 Wir befürworten die Förderung von Geschäftsmodellen, die Kreislaufwirtschaft,
236 Sharing-Modelle, Ressourceneffizienz, geringe Materialintensität und
237 lokale/regional verankerte Produktion betonen. Diese Modelle sollen nicht bloß
238 als Nischenprojekte gefördert werden. Damit lässt sich auch regionaler Mehrwert
239 erzielen und volkswirtschaftliche Abhängigkeiten reduzieren. Verantwortliches
240 Wirtschaften berücksichtigt ökologische Auswirkungen und CO2-Emissionen.

241
242 Nachfrage stärken, statt pauschaler Steuersenkungen

243
244 Die schwarz-rote Bundesregierung reagiert auf die stagnierende Wirtschaft mit
245 pauschalen Steuersenkungen für Unternehmen. Dieses neoliberale Rezept ist uralt,
246 immer wieder gescheitert und wird auch jetzt nicht helfen. Es braucht einen
247 Staat, der selbst strategisch in Schlüsselsektoren investiert, Investitionen
248 anreizt und die allgemeine Nachfrage stärkt. Sparhaushalte und Kürzungen bei
249 Sozialleistungen bewirken das Gegenteil und verschärfen die Krise.

250 Die Senkung der Körperschaftssteuer ist darum nicht das geeignete Instrument und
251 ein Schritt in die falsche Richtung. Ziel grüner Steuerpolitik ist ein sozial
252 und ökologisch gerechtes Steuersystem, das bestehende Ungleichheiten abbauen und

253 nicht weiter verstärken soll. Das muss sich in grünem Regierungshandeln und in
254 Abstimmungen im Bundesrat abbilden.

255 Raus aus den Krisen

256 Die Krisen unserer Zeit sind gewaltig – doch Niedersachsen hat alles, um
257 gestärkt daraus hervorzugehen. Wir setzen auf Investitionen statt Stillstand,
258 auf Innovation statt fossile Subventionen, auf Zusammenhalt statt Spaltung.
259 Führende Wissenschaftler*innen mahnen: Wenn die Marktwirtschaft überleben will,
260 braucht sie starke ordnungspolitische Leitplanken, die planetare Grenzen
261 respektieren, soziale Standards sichern, fairen Wettbewerb ermöglichen und neue
262 Wertschöpfung im Sinne des Gemeinwohls fördern. Wir vereinen diese Aspekte.
263 Unternehmen, die von sich aus stärkere Bemühungen für Klimaschutz und gute
264 Arbeit auf sich nehmen, bekommen von uns volle Rückendeckung. Wer mehr
265 Verantwortung übernimmt, soll mehr davon haben.

266 Für uns ist klar: Europa braucht in diesen unsicheren Zeiten eine gemeinsame
267 wirtschaftspolitische Linie, die zentrale Produktions- und Technologiefelder
268 sichert und weiterentwickelt. Dazu gehört eine abgestimmte Industriestrategie,
269 die Schlüsselkompetenzen und Wertschöpfung in der EU hält, den Binnenmarkt von
270 unnötigen Hürden befreit und den Zugang zu kritischen Rohstoffen durch Allianzen
271 langfristig absichert. Gleichzeitig muss Europa seine digitale Unabhängigkeit
272 stärken und im Bereich Sicherheit einen eigenständigen Rüstungsmarkt aufbauen,
273 um Abhängigkeiten von externen Partnern zu reduzieren und die eigene
274 Handlungsfähigkeit zu erhöhen.

275 Die Wirtschaft in der EU lebt von den vier Grundfreiheiten: freier Warenverkehr,
276 freier Personenverkehr, Dienstleistungsfreiheit und freier Kapitalverkehr. Diese
277 Freiheiten und damit auch der ungestörte Warenverkehr werden durch die
278 derzeitigen Grenzkontrollen mit ihren teils erheblichen Verzögerungen an den
279 Grenzübergängen ausgehebelt. Die mittlerweile häufig schon stationären
280 Kontrollen stellen ein Risiko für die Lieferketten und damit für die
281 Zuverlässigkeit des europäischen Handels dar. Darüber hinaus bergen die
282 Kontrollen mit ihrem unkalkulierbaren Zeitaufwand u.a. für Pendler*innen und
283 damit für den gesamten Arbeitsmarkt in den Grenzregionen, aber auch für Bildung
284 und Tourismus über die Regionen hinaus, erhebliche Risiken durch die steigenden
285 Aufwände und die abnehmende Zuverlässigkeit. Das betrifft nicht nur die
286 Kontrollen an den Autobahnen, sondern auch Personenkontrollen im Schienenverkehr
287 und im ÖPNV.

288 Wir treten gemeinsam mit unserer grünen Vertreterin im europäischen Ausschuss
289 der Regionen dafür ein,

290 - die europarechtswidrigen Grenzkontrollen zu den Nachbarländern, hier
291 insbesondere zu den Niederlanden als Nachbarland von Niedersachsen, so schnell
292 wie möglich einzustellen

293 - jede weitere Verlängerung entschieden zu verhindern.

294 Niedersachsen im Herzen von Europa ist auf einen funktionierenden Binnenmarkt und
295 Freizügigkeit im Personenverkehr angewiesen.

296 Mit grünem Kompass führen wir Niedersachsen in die Zukunft: ökologisch
297 verantwortlich, sozial gerecht und wirtschaftlich stark.

A2 Antisemitismus bekämpfen – jüdisches Leben schützen

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 26.10.2025

Tagesordnungspunkt: 5. Antisemitismus bekämpfen - jüdisches Leben schützen

Antragstext

1 Resolution zum 9. November

2 Antisemitismus bekämpfen – jüdisches Leben schützen

3 „Es ist geschehen, und folglich kann es wieder geschehen“ - Primo Levi

4 86 Jahre nach den Novemberpogromen ist Antisemitismus gesellschaftliche
5 Realität: Er zeigt sich auf vielfältige Weise – laut und gewalttätig, aber auch
6 subtil und schleichend. Er findet sich in rechten, islamistischen und
7 verschwörungsideologischen Milieus ebenso wie in Teilen der politischen Linken.
8 Und er findet mitten in der Gesellschaft statt, in Alltagssprache und
9 vermeintlichen Witzen, in Klischees und Vorurteilen. Das alles sind deutsche
10 Probleme einer deutschen Gesellschaft.

11 Die Ereignisse der letzten Jahre machen dies deutlich. Anschläge auf Synagogen
12 wie in Oldenburg, antisemitische Hetze auf den Straßen nach dem Terrorangriff
13 der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023, Angriffe auf jüdische Studierende und
14 Lehrende, aber auch Beschädigungen und Bedrohungen gegen Erinnerungsorte wie die
15 Gedenkstätte Bergen-Belsen zeigen: Antisemitismus bedroht jüdisches Leben – auch
16 heute noch. Viele Jüdinnen und Juden leben in ständiger Sorge: um ihre Kinder
17 auf dem Schulweg, um ihre Familien in der Öffentlichkeit, um ihre Gemeinden. Das
18 ist ein unerträglicher Zustand.

19 Am 9. November 1938 brannten in ganz Deutschland Synagogen, jüdische Geschäfte
20 wurden geplündert, Menschen geschlagen, verschleppt, getötet. Die
21 Reichspogromnacht markierte den Übergang von Diskriminierung, Ausgrenzung und
22 Entrechtung zur systematischen Vernichtung jüdischen Lebens in Europa. Sie war
23 der Auftakt zum beispiellosen Menschheitsverbrechen der Shoah, bei dem Deutsche
24 sechs Millionen europäische Jüdinnen und Juden ermordet haben.

25 Aus dieser historischen Schuld erwächst für uns eine unverbrüchliche
26 Verantwortung: Antisemitismus niemals hinzunehmen, jüdisches Leben zu schützen
27 und für die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus einzustehen.
28 “Nie wieder” ist kein Satz aus der Vergangenheit, sondern ein dauerhafter
29 Auftrag.

30 Die Geschichte zeigt: Eine Demokratie, die Hass gegen Minderheiten zulässt,
31 zerstört sich selbst. Die Entrechtung der Jüdinnen und Juden begann lange vor
32 den Gaskammern – sie begann mit Hetze, Ausgrenzung, Gleichgültigkeit. Wenn
33 Synagogen dauerhaft unter Polizeischutz stehen müssen, wenn jüdische Kinder
34 Angst haben, ihre Kippa oder einen Davidstern offen zu tragen, dann zeigt sich,
35 dass das Erinnern an die Reichspogromnacht kein Ritual bleiben darf. Gedenken
36 allein genügt nicht. Es muss verbunden sein mit konsequentem Handeln: gegen Hass
37 und Hetze, gegen Gewalt und Ausgrenzung, gegen Antisemitismus in allen seinen
38 Formen.

39 Zugleich erleben wir auch ermutigende Zeichen. Hunderttausende Menschen haben
40 nach den Enthüllungen des Correctiv-Rechercheteams über ein rechtsextremes

41 Treffen in Potsdam, bei dem ein Geheimplan gegen ein demokratisches und
42 weltoffenes Deutschland entworfen wurde, auf den Straßen demonstriert. Diese
43 Großdemonstrationen für Demokratie und Vielfalt, für Respekt und gegen Hass,
44 sind ein starkes Signal. Sie zeigen: Unsere Gesellschaft ist wachsam. Viele
45 Menschen treten ein für die Werte des Grundgesetzes.

46 Wir GRÜNE Niedersachsen sind antifaschistisch. Für uns ist klar: Der Kampf gegen
47 Antisemitismus ist Teil unseres Selbstverständnisses und unseres politischen
48 Auftrags. Wir bekennen uns dazu, jüdisches Leben in Deutschland nicht nur zu
49 schützen, sichtbar zu machen und zu fördern. Dazu gehören Bildung und
50 Erinnerung: Antisemitismusprävention muss fest im Bildungssystem verankert sein
51 – von der Kita über die Schule bis zur Universität. Jüdisches Leben muss als
52 selbstverständlicher Teil deutscher Geschichte und Gegenwart vermittelt werden.
53 Gedenkstättenarbeit und historisch-politische Bildung müssen gestärkt,
54 Begegnungen ermöglicht und kritische Medienkompetenz gefördert werden.

55 Antisemitismus darf keinen Platz haben – weder im Alltag noch auf der Bühne.
56 Kulturinstitutionen, Vereine und Initiativen sind gefordert,
57 antisemitismuskritische Leitlinien zu entwickeln und konsequent umzusetzen.
58 Gleichzeitig gilt es, Kunst und Kultur von Jüdinnen und Juden sichtbar zu machen
59 und zu unterstützen.

60 Jüdische Einrichtungen müssen sicher sein. Dafür braucht es eine verlässliche
61 Finanzierung von Schutzmaßnahmen und die enge Zusammenarbeit von Gemeinden,
62 Ländern und Sicherheitsbehörden. Antisemitische Straftaten müssen konsequent
63 verfolgt und geahndet werden. Unser Rechtsstaat muss zeigen, dass er auf der
64 Seite der Betroffenen steht.

65 Die rot-grüne Landesregierung hat in diesen Bereichen zurecht Mittel verstetigt
66 und neue Mittel für Sicherheit, Begegnung und Erinnerung sowie demokratischer
67 Bildung bereitgestellt.

68 Antisemitismus ist aber nicht allein politisch zu besiegen. Wir brauchen Haltung
69 – in Parteien, Vereinen, Schulen, Medien und am Arbeitsplatz. Schweigen und
70 Wegsehen sind keine Option. Jede*r Einzelne ist gefordert, Widerspruch zu
71 leisten, wenn antisemitische Äußerungen fallen.

72 Unsere Verantwortung endet nicht an den Landesgrenzen. Der Schutz von Jüdinnen
73 und Juden ist Teil der deutschen Staatsräson. Dazu gehört das unverrückbare
74 Bekenntnis zum Existenzrecht Israels. Wir stehen an der Seite Israels in seinem
75 Recht, seine Bürgerinnen und Bürger gegen Terror zu schützen. Und wir stehen an
76 der Seite der israelischen Zivilbevölkerung, die seit Monaten für Frieden und
77 Bürger*innenrechte demonstriert. Zugleich sind wir in der Verantwortung, in
78 Europa und weltweit Antisemitismus zu benennen und ihm entgegenzutreten. Das
79 gilt auch in internationalen Organisationen, in denen Israel einseitig
80 delegitimiert oder dämonisiert wird. „Nie wieder“ gilt universell – für die
81 Würde und Sicherheit von Jüdinnen und Juden überall auf der Welt.

82 „Nie wieder“ bedeutet heute: Nie wieder Gleichgültigkeit, nie wieder Wegsehen.
83 Nie wieder Hass als Normalität. Unsere wehrhafte Demokratie zeigt sich darin,
84 Minderheiten zu schützen und Vielfalt zu bewahren. Am 9. November gedenken wir
85 der Opfer des Nationalsozialismus und der Reichspogromnacht. Zugleich bekennen
86 wir uns zu unserer Verantwortung: dafür zu sorgen, dass jüdisches Leben in
87 Deutschland eine sichere und selbstverständliche Zukunft hat.

88 Nie wieder ist jetzt.

A2neu Antisemitismus bekämpfen – jüdisches Leben schützen

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 06.11.2025

Tagesordnungspunkt: 5. Antisemitismus bekämpfen - jüdisches Leben schützen

Antragstext

1 „Es ist geschehen, und folglich kann es wieder geschehen“ - Primo Levi

2 86 Jahre nach den Novemberpogromen ist Antisemitismus gesellschaftliche
3 Realität: Er zeigt sich auf vielfältige Weise – laut und gewalttätig, aber auch
4 subtil und schleichend. Er findet sich in rechten, islamistischen und
5 verschwörungsideologischen Milieus ebenso wie in Teilen der politischen Linken.
6 Und er findet mitten in der Gesellschaft statt, in Alltagssprache und
7 vermeintlichen Witzen, in Klischees und Vorurteilen. Das alles sind deutsche
8 Probleme einer deutschen Gesellschaft, die wir gemeinsam erkennen und bekämpfen
9 müssen.

10 Die Ereignisse der letzten Jahre machen dies deutlich. Anschläge auf Synagogen
11 wie in Oldenburg, antisemitische Hetze auf den Straßen nach dem Terrorangriff
12 der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023, Angriffe auf jüdische Studierende und
13 Lehrende, aber auch Beschädigungen und Bedrohungen gegen Erinnerungsorte wie die
14 Gedenkstätte Bergen-Belsen zeigen: Antisemitismus, egal ob offen, strukturell
15 oder codiert, bedroht jüdisches Leben – auch heute noch. Viele Jüdinnen und
16 Juden leben in ständiger Sorge: um ihre Kinder auf dem Schulweg, um ihre
17 Familien in der Öffentlichkeit, um ihre Gemeinden. Das ist ein unerträglicher
18 Zustand.

19 Am 9. November 1938 brannten in ganz Deutschland Synagogen, jüdische Geschäfte
20 wurden geplündert, Menschen geschlagen, verschleppt, getötet. Die
21 Reichspogromnacht markierte den Übergang von Diskriminierung, Ausgrenzung und
22 Entrechtung zur systematischen Vernichtung jüdischen Lebens in Europa. Sie war
23 der Auftakt zum beispiellosen Menschheitsverbrechen der Shoah, bei dem Deutsche
24 mehr als sechs Millionen europäische Jüdinnen und Juden ermordet haben.

25 Auch Sintizze und Romnja, politische Gegner*innen, queere Menschen, Menschen mit
26 Behinderungen und viele andere wurden Opfer der nationalsozialistischen
27 Verfolgungs- und Vernichtungspolitik. Ihr Leid und ihre Ermordung mahnen uns
28 ebenso, jeder Form von Menschenfeindlichkeit entschieden entgegenzutreten.

29 Aus dieser historischen Schuld erwächst für uns eine unverbrüchliche
30 Verantwortung: Antisemitismus niemals hinzunehmen, jüdisches Leben zu schützen
31 und für die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus einzustehen.
32 “Nie wieder” ist kein Satz aus der Vergangenheit, sondern ein dauerhafter
33 Auftrag. Nie wieder darf kein exklusives Versprechen sein. Es gilt für alle
34 Menschen, überall auf der Welt. Wer sich diesem Satz verpflichtet fühlt, muss
35 Gewalt, Vertreibung und Entmenschlichung in jeder Form entgegenreten –
36 unabhängig davon, gegen wen sie sich richtet.

37 Zugleich tragen wir Verantwortung, Antisemitismus in Europa und weltweit zu
38 benennen und ihm entgegenzutreten. Dies gilt in allen gesellschaftlichen und
39 politischen Kontexten – in Organisationen, Medien und öffentlichen Diskursen.

40 Die Würde, Sicherheit und Teilhabe von Jüdinnen und Juden müssen überall
41 geachtet werden, unabhängig von staatlichen oder politischen Konflikten.

42 Jüdisches Leben in Deutschland und weltweit ist geprägt von großer innerer
43 Vielfalt – religiös, kulturell und politisch. Es umfasst Menschen, die sich
44 säkular oder orthodox verstehen, liberale Gemeinden ebenso wie strenggläubige
45 Strömungen. Diese Meinungsvielfalt ist Ausdruck lebendiger jüdischer Tradition
46 und verdient Respekt.

47 Im Talmud heißt es (Eruvin 13b): „Diese und jene sind die Worte des lebendigen
48 Gottes.“ Diese Haltung erinnert uns daran, dass Pluralität kein Widerspruch,
49 sondern Stärke ist – im Judentum wie in jeder offenen Gesellschaft. Es steht uns
50 als nichtjüdischer Mehrheitsgesellschaft nicht zu, vorzuschreiben, wie Jüdinnen
51 und Juden ihr Judentum verstehen oder leben. Kritik an der Politik der
52 israelischen Regierung ist legitim und Teil demokratischer Debatten;
53 Antisemitismus beginnt aber auch dort, wo jüdische Menschen und die Bevölkerung
54 Israels kollektiv für Handlungen des Staates verantwortlich gemacht werden.

55 Antisemitismus ist kein Relikt der Vergangenheit, sondern bittere Gegenwart.
56 Jüdinnen und Juden werden beleidigt, bedroht und angegriffen. Synagogen, Schulen
57 und jüdische Einrichtungen müssen durch Polizei geschützt werden. Dass jüdisches
58 Leben in Deutschland bis heute Schutz durch Sicherheitskräfte braucht, ist und
59 bleibt eine Schande für unser Land. Antisemitische Stereotype und Feindbilder
60 treten heute in neuen Formen auf: als Relativierung oder Instrumentalisierung
61 der Shoah, als verschwörungsideologische Erzählungen oder auch als Projektion
62 globaler Konflikte auf Jüdinnen und Juden.

63 Wir GRÜNE Niedersachsen sind antifaschistisch. Für uns ist klar: Der Kampf gegen
64 Antisemitismus ist Teil unseres Selbstverständnisses und unseres politischen
65 Auftrags. Wir bekennen uns dazu, jüdisches Leben in Deutschland nicht nur zu
66 schützen, sichtbar zu machen und zu fördern. Dazu gehören Bildung und
67 Erinnerung: Antisemitismusprävention muss fest im Bildungssystem verankert sein.
68 Jüdisches Leben muss als selbstverständlicher Teil deutscher Geschichte und
69 Gegenwart vermittelt werden. Gedenkstättenarbeit und historisch-politische
70 Bildung müssen gestärkt, Begegnungen ermöglicht und kritische Medienkompetenz
71 gefördert werden.

72 Antisemitismus darf keinen Platz haben – weder im Alltag noch auf der Bühne.
73 Kulturinstitutionen, Vereine und Initiativen sind gemeinsam mit Vertreter*innen
74 jüdischer Gemeinschaften und anderen Minderheiten- und Interessengruppen
75 gefordert, unter Mitbestimmung der Betroffenen, antisemitismuskritische
76 Leitlinien zu entwickeln und konsequent umzusetzen. Gleichzeitig gilt es, Kunst
77 und Kultur von Jüdinnen und Juden sichtbar zu machen und zu unterstützen.

78 Jüdische Einrichtungen müssen sicher sein. Dafür braucht es eine verlässliche
79 Finanzierung von Schutzmaßnahmen und die enge Zusammenarbeit von Gemeinden,
80 Ländern und Sicherheitsbehörden. Antisemitische Straftaten müssen konsequent
81 verfolgt und geahndet werden. Unser Rechtsstaat muss zeigen, dass er auf der
82 Seite der Betroffenen steht.

83 Die rot-grüne Landesregierung hat in diesen Bereichen zurecht Mittel verstetigt
84 und neue Mittel für Sicherheit, Begegnung und Erinnerung sowie demokratischer
85 Bildung bereitgestellt.

86 Antisemitismus ist aber nicht allein politisch zu besiegen. Wir brauchen Haltung
87 – in Parteien, Vereinen, Schulen, Medien und am Arbeitsplatz. Schweigen und
88 Wegsehen sind keine Option. Jede*r Einzelne ist gefordert, Widerspruch zu
89 leisten, wenn antisemitische Äußerungen fallen.

90 Unsere Verantwortung endet nicht an den Landesgrenzen. Der Schutz von Jüdinnen
91 und Juden ist Teil der deutschen Staatsräson. Dazu gehört das unverrückbare
92 Bekenntnis zum Existenzrecht Israels. Wir stehen an der Seite Israels in seinem
93 Recht, seine Bürgerinnen und Bürger gegen Terror zu schützen. Und wir stehen an
94 der Seite der israelischen Zivilbevölkerung, die seit Monaten für Frieden und
95 Bürger*innenrechte demonstriert. Zugleich sind wir in der Verantwortung, in
96 Europa und weltweit Antisemitismus zu benennen und ihm entgegenzutreten. Das
97 gilt auch in internationalen Organisationen, in denen Israel einseitig
98 delegitimiert oder dämonisiert wird. „Nie wieder“ gilt universell – für die
99 Würde und Sicherheit von Jüdinnen und Juden überall auf der Welt.

100 „Nie wieder“ bedeutet heute: Nie wieder Gleichgültigkeit, nie wieder Wegsehen.
101 Nie wieder Hass als Normalität. Unsere wehrhafte Demokratie zeigt sich darin,
102 Minderheiten zu schützen und Vielfalt zu bewahren. Am 9. November gedenken wir
103 der Opfer des Nationalsozialismus und der Reichspogromnacht. Zugleich bekennen
104 wir uns zu unserer Verantwortung: dafür zu sorgen, dass jüdisches Leben in
105 Deutschland eine sichere und selbstverständliche Zukunft hat.

106 Nie wieder ist jetzt.

Begründung

Überarbeiter Antrag auf Grundlage des vorherigen Antrags A-2 und des Änderungsantrags Ä1 zu A2.
Diese Anträge wären damit erledigt.

WA30 Kontrollen an den Binnengrenzen des Schengenraums beenden

Gremium: LAG Europa und Internationales
Beschlussdatum: 23.10.2025
Tagesordnungspunkt: 8. Weitere Anträge
Status: Zurückgezogen

Antragstext

- 1 Die LDK möge beschließen:
- 2 Der Landesvorstand und die Landtagsfraktion - über ihren Einfluss im Bundesrat
- 3 als Regierungspartei in Niedersachsen - und unsere grüne niedersächsische
- 4 Vertreterin im europäischen Ausschuss der Regionen sollen dafür eintreten, dass
- 5 die europarechtswidrigen Grenzkontrollen zu den Nachbarländern, hier
- 6 insbesondere zu den Niederlanden als Nachbarland von Niedersachsen, so schnell
- 7 wie möglich eingestellt werden. Darüber hinaus muss jede weitere Verlängerung
- 8 entschieden verhindert werden.
- 9 Im Güterverkehr stellen die derzeitigen Kontrollen mit ihren teils erheblichen
- 10 Verzögerungen an den Grenzübergängen ein Risiko für die Lieferketten und damit
- 11 für die Zuverlässigkeit des europäischen Handels dar. Darüber hinaus bergen die
- 12 Kontrollen mit ihrem unkalkulierbaren Zeitaufwand u.a. für Pendler*innen und
- 13 damit für den gesamten Arbeitsmarkt in den Grenzregionen, aber auch für Bildung
- 14 und Tourismus über die Regionen hinaus, erhebliche Risiken durch die steigenden
- 15 Aufwände und die abnehmende Zuverlässigkeit. Das betrifft nicht nur die
- 16 Kontrollen an den Autobahnen, sondern auch Personenkontrollen im Schienenverkehr
- 17 und im ÖPNV.

Begründung

Eigentlich hätten wir in diesem Jahr allen Grund zum Feiern: das Abkommen Schengen I, in dem grundsätzlich die Absicht erklärt wurde, die Binnenkontrollen abzubauen und das Zusammenwachsen Europas zu fördern, wurde vor 40 Jahren, am 14.6.1985 unterzeichnet von Deutschland, Frankreich und den Benelux-Staaten. Vor 30 Jahren, am 26.3.1995 wurde mit Schengen II die Umsetzung u.a. mit der Abschaffung der Personenkontrollen durchgeführt, beteiligt außer den oben genannten Staaten noch Portugal und Spanien.

Mittlerweile umfasst der Schengenraum, in dem die Personenfreizügigkeit gilt, knapp 30 Staaten. Leider hat es aber in den letzten Jahren ein Rollback gegeben.

Das Übereinkommen über den freien Warenverkehr ist noch älter und die Ausgangsbasis für die europäische Idee und Integration. Lange galten die vier Grundfreiheiten: freier Warenverkehr, freier Personenverkehr, Dienstleistungsfreiheit und freier Kapitalverkehr als essentielle Errungenschaften und Garanten für das – auch wirtschaftliche – Erfolgsmodell Europa.

Wir sehen seit einiger Zeit überall ein Erstarken nationalistischer Tendenzen. Das ist diametral entgegengesetzt zu der grünen Vision einer Föderalen Republik Europa. Geschlossene Grenzen sind ein Rückschritt ins letzte Jahrhundert, sie entsprechen nicht mehr der europäischen Lebenswirklichkeit, die auf die vier Grundfreiheiten ausgerichtet ist.

Temporäre Grenzkontrollen waren schon immer unter ganz bestimmten Voraussetzungen möglich, im Schengen-Kodex, der im Mai 2024 reformiert wurde, ist festgelegt, dass Kontrollen der Binnengrenzen im Falle einer „ernsthaften Bedrohung“ zunächst für die Dauer von sechs Monaten erlaubt werden. Bei Fortbestehen der Bedrohung, kann dieser Zeitraum um jeweils sechs Monate bis zu einer Gesamtdauer von maximal zwei Jahren verlängert werden. Liegt aus Sicht des Mitgliedstaats sogar eine „schwerwiegende, außergewöhnliche Situation“ vor, darf auch darüber hinaus ein weiteres halbes Jahr lang kontrolliert werden. Hat sich die Situation in diesem Zeitraum immer noch nicht verbessert, ist ein letzte Verlängerung um sechs Monate möglich. Insgesamt können die Grenzkontrollen so bis zu drei Jahre am Stück aufrechterhalten werden. (Quelle: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/552491/grenzkontrollen-bei-der-einreise-nach-deutschland/>)

„Das Bundesinnenministerium begründet die vorübergehende Anordnung von Grenzkontrollen damit, dass die Maßnahme erforderlich sei, um die „irreguläre Migration weiter zu begrenzen“ und den „Schutz der inneren Sicherheit“ zu gewährleisten. Im Bereich der irregulären Migration sei „die Gesamtbelastung Deutschlands zu berücksichtigen, insbesondere die begrenzten Kapazitäten der Kommunen bei der Unterbringung sowie im Bildungs- und Integrationsbereich durch die Aufnahme von 1,2 Millionen Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine und die Asylmigration aus den vergangenen Jahren.“ (<https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/552491/grenzkontrollen-bei-der-einreise-nach-deutschland/>)

Die Kontrollen sind europarechtswidrig, da nicht - wie gefordert – auf eine Ausnahmesituation reagiert wird, sondern die Überlastung der deutschen Behörden systemisch ist (Quelle: <https://verfassungsblog.de/zuruckweisung-grenze-kontrolle-dobrindt/>).

Darüber hinaus bringen die Grenzkontrollen nicht die erhofften Erfolge, sondern stellen sich als Aktionismus raus, der das alltägliche Leben der Menschen im Grenzgebiet teilweise stark einschränkt, den Warenverkehr stellenweise massiv behindert, Kapazitäten bei der Bundespolizei bindet und für erhebliche Kosten sorgt (September 2024 bis Juni 2025 mehr als 80 Mio € überwiegend für Überstunden der Bundespolizei).

Die Strukturen lassen häufig auch keine wirklichen Kontrollen mehr zu, wenn z.B. die eine Straßenseite deutsch und die andere niederländisch ist, so dass hier Symbolpolitik betrieben wird, die rechte und nationalistische Strömungen unterstützt anstatt sie im Interesse der europäischen Integration zu bekämpfen.

Lebenswirklichkeit in den Grenzgebieten sind binationale Familien, die Arbeitsstätten, Bildungseinrichtungen und Freizeitangebote in beiden Ländern wahrnehmen. Dieses europäische

Leben wird derzeit auf eine harte Probe gestellt durch die Wiedersichtbarmachung von nationalen Grenzen, die es so auch erst als Folge des ersten Weltkriegs gab.